



● eaf - bayern im DW Bayern | 90332 Nürnberg

Geschäftsstelle der eaf im  
Diakonischen Werk Bayern

Briefanschrift:  
90332 Nürnberg

Hausanschrift:  
Pirckheimerstraße 6  
90408 Nürnberg

Tel (0911) 9354 -270  
Fax (0911) 9354 -299

Mail: [info@eaf-bayern.de](mailto:info@eaf-bayern.de)  
Web: [www.eaf-bayern.de](http://www.eaf-bayern.de)

Juni 2012

## **Stellungnahme Kindergrundsicherung – Jedes Kind muss dem Staat gleich viel wert sein!**

### **Daten und Fakten**

Armut bei Kindern und Armutsprävention kommt immer mehr in den Fokus politischer Diskussionen. Zahlreiche Studien und Stellungnahmen machen auf prekäre Lebenslagen von Familien und deren Kinder aufmerksam und fordern Konzepte, die Armut beheben und verhindern helfen.

„Kinderarmut bezeichnet abkürzend die Folgen von Armut bei Kindern. In der Langfassung heißt das „die Folgen familiärer Einkommensarmut bei Kindern“.

Wird von Armut bei Kindern gesprochen, dann gilt:

- Ausgangspunkt ist relative Einkommensarmut.
- Das Kind lebt in einer einkommensarmen Familie.
- Es zeigen sich kindspezifische Erscheinungsformen von Armut in Gestalt von materieller, kultureller, gesundheitlicher und sozialer Unterversorgung.
- Die Entwicklungsbedingungen des Kindes sind beeinträchtigt, wobei das ein Aufwachsen im Wohlergehen, mit Benachteiligungen oder in multipler Deprivation umfassen kann.
- Die Zukunftsperspektive des Kindes ist eingeschränkt (vgl. Hock et al. 2000).

(Die Definition ist aus „Ansätze kommunaler Armutsprävention – Erkenntnisse aus der AWO-ISS-Studie „Kinderarmut“, Gerda Holz, entnommen)

Im Bericht der Bayerischen Staatsregierung „Soziale Lage in Bayern 2011“ wird erst bei näherem Betrachten offenbar, dass in Bayern von 1,6 Millionen Menschen, die

armutsgefährdet sind, 514.000 unter 25 Jahren sind. Deutschlandweit ist zu befürchten, dass die Kinderarmut weiter zunehmen wird: Eine im August 2011 veröffentlichte Studie belegt, dass in Deutschland 2 der 13 Millionen Kinder und Jugendliche, d. h. 15 % armutsgefährdet sind (siehe Zahlen des Bundesamtes für Statistik). Die neueste Studie der Bertelsmann Stiftung kommt zu dem Ergebnis, dass 20,2% - d. h. ein Fünftel der Kinder in Deutschland arm sind.

Besonders betroffen von Armut sind alleinerziehende Mütter und Väter – mehr als ein Drittel - sowie Migrantenfamilien.

Als familienpolitischer Verband beschäftigt sich die eaf bayern seit Jahren mit dem Thema Armut in Familien und forderte immer wieder mehr finanzielle Unterstützung und bessere Absicherung für Familien.

Die eaf bayern hat das Thema Kinderarmut erneut auf ihre Agenda genommen und in ihrer Mitgliederversammlung im März 2012 beschlossen, sich mit einer Stellungnahme zur Vermeidung und Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen zu äußern.

Die eaf bayern begrüßt den steigenden Bewusstseinswandel auf unterschiedlichen politischen Ebenen sowie die zunehmend intensive Diskussion und Positionierung in der Fachöffentlichkeit, in der Politik sowie in Kirche und Diakonie.

„Trotz des gestiegenen Bewusstseins und der bereits auf unterschiedlichen politischen Ebenen ergriffenen Maßnahmen, Kinderarmut zu verhindern sowie die Folgen von Kinderarmut zu verringern, müssen wir feststellen, dass sich die Zahl der in Armut lebenden und von Armut bedrohten Kinder nicht nachhaltig reduziert hat.

Diese Tatsache ist in einem Land wie Deutschland, das zu den reichsten Ländern der Welt zählt, ein gesellschaftlicher und politischer Skandal, der nicht nur individualbiografisch, sondern auch volkswirtschaftlich und sozialpolitisch gravierende Auswirkungen hat.“ (vgl. Stellungnahme der eaf rheinland „Kindergrundsicherung – ein Konzept für die gerechte Förderung aller Kinder“ – November 2011)

Armut ist ein strukturelles Problem – kein individuelles, wie die Bundesregierung in ihrem nächsten Armuts- und Reichtumsbericht betont. "Der Bericht konzentriert sich zu stark darauf, wie viel Kraft und Motivation Einzelne aufwenden, um Armut zu überwinden. Armut ist aber ein strukturelles Problem." (Pressemitteilung des Diakonischen Werkes der EKD v. 12.12.11)

Die Bekämpfung von Kinderarmut verlangt demnach strukturelle Lösungen, die die Kinder und ihre Familien ins Zentrum aller politischen Entscheidungen stellt und den Zugang zu Bildung und Erwerbsarbeit allen Kindern und Jugendlichen gleichermaßen ermöglicht und damit chancengerechte Bedingungen schafft. (vgl. Stellungnahme der eaf rheinland)

Das heißt:

Alle Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut müssen motiviert sein vom Rechtsanspruch jedes einzelnen Kindes "auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit" (§1 SGB VIII) und auf einen „seiner körperlichen, geistigen, seelischen, sittlichen und sozialen Entwicklung angemessenen Lebensstandard“ (vgl. Stellungnahme eaf rheinland und UN Kinderrechtskonvention Art. 27. Abs 1)

Armut von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien kann vielfältige Ursachen haben. Immer ist sie jedoch begründet in einem Mangel an ausreichendem Familieneinkommen.

Die Ursache, dass über 2 Millionen Kinder in Deutschland in Armutslagen leben, liegt auch begründet in einem in sich unstimmigen und sozial ungerechten System der Familienförderung. (vgl. Stellungnahme der eaf rheinland)

Der Familienlastenausgleich besteht in Deutschland aus unterschiedlichen Einzelsystemen - nicht aus einem an den Bedarfslagen ausgerichteten Gesamtkonzept.

Tatsache ist, dass Kinder je nach Erwerbssituation der Eltern finanziell höchst ungleich gefördert werden: Erwerbslose bzw. geringverdienende Eltern bekommen für ihre Kinder Sozialgeld nach SGB II. Eltern mit unterem und mittlerem Einkommen beziehen Kindergeld. Gut- und Spitzenverdienende profitieren mit steigendem Einkommen von den steuerlichen Kinderfreibeträgen. Damit fällt für Gut- und Spitzenverdiener die staatliche Förderung am höchsten aus.

Diese Ungleichbehandlung liegt darin begründet, dass das Sozialrecht für Kinder ein deutlich niedrigeres Existenzminimum aussetzt als das Steuerrecht. Diese Ungleichbehandlung widerspricht unserer Auffassung nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz. Dieser verfassungsrechtlich unhaltbare Zustand verfestigt je nach Einkommen der Eltern ungleiche Startchancen und Zukunftsperspektiven von Kindern und Jugendlichen.

(vgl. Stellungnahme der eaf rheinland)

### **Die eaf bayern fordert deshalb:**

- Jedes Kind muss dem Staat gleich viel wert sein!
- Bekämpfung von Armutslagen bzw. Armutsprävention von Kindern und Jugendlichen sind in erster Linie eine staatliche Aufgabe, nicht ausschließlich eine individuelle Aufgabe der Betroffenen.
- Armut von Kindern und Jugendlichen muss gestoppt werden: Wir setzen uns deshalb für die Einführung eines existenzsichernden, transparenten und sozial gerechten Systems der Familienförderung ein, das die Zahl der in Armutslagen lebenden Kinder und Jugendlichen deutlich verringert.

**Wir schließen uns der bereits von vielen Experten und Fachverbänden formulierten Forderung nach einer eigenständigen Kindergrundsicherung an, die von der Erwerbssituation der Eltern stärker entkoppelt und am tatsächlichen Bedarf der Kinder und Jugendlichen orientiert ist,**

- **weil die Einführung einer Kindergrundsicherung einen wichtigen Beitrag zur finanziellen Unterstützung von Familien und damit zur Bekämpfung von Kinderarmut leistet,**
- **weil die Berechnungen von Verteilungswissenschaftlern deutlich zeigen, dass die Kindergrundsicherung das effizienteste Mittel zur Bekämpfung von Kinderarmut ist,**
- **weil die Einführung einer Kindergrundsicherung als das beste (nachhaltigste, effektivste) Konzept zu sein scheint, das gesamte System der Familienförderung langfristig zu entbürokratisieren sowie transparenter und sozial gerechter zu gestalten.**

Kurzfristig kann die Zahl der in Armut lebenden bzw. von Armut bedrohten Kinder und Jugendlichen mit dem Mittel der sofortigen Verbesserung und Erhöhung des Kinderzuschlages gesenkt werden.

Deutlich hinweisen möchten wir an dieser Stelle auf die Gefahr, dass der Ausbau eines staatlichen Zuschlagsystems eine Ausweitung von Niedriglohnbeschäftigungsverhältnissen begünstigen kann.

Vor dem Hintergrund dieser arbeitsmarktpolitischen Implikation halten wir die zeitnahe flächendeckende Einführung von existenzsichernden gesetzlichen Mindestlöhnen für dringend erforderlich.

Es gilt auch, in den weiteren Diskussionen und Befassungen zur Armut von Kindern und Jugendlichen alternative konzeptionelle Vorschläge zur Umsetzung einer Kindergrundsicherung zu entwickeln.

**Wir betonen: Eine gerechte Familienförderung fängt beim Geld an – hört jedoch nicht beim Geld auf!**

Geld- und Infrastrukturleistungen des Staates dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, wie dies in der öffentlichen Debatte über Armutsbekämpfung häufig geschieht.

Die Einführung einer Kindergrundsicherung darf nicht insgesamt zu Kürzungen bei der Familienförderung führen.

Neben der Einführung einer eigenständigen Grundsicherung für Kinder sind zeitnahe und weitergehende Infrastrukturmaßnahmen in Kindertageseinrichtungen, Schule, Familienbildung, Familienberatung und im Gesundheitssystem dringend notwendig. (vgl. Stellungnahme der eaf rheinland)

